



Landesverteidigungsakademie
Wien

UKRAINE – LÖSUNG ODER EINFRIEREN DES KONFLIKTS

Walter Feichtinger, Rastislav Bachora und Alexander Dubony

Mit dem Friedensabkommen von Minsk im Februar dieses Jahres wurde wohl die letzte Möglichkeit eines gewaltfreien Zusammenfindens von aufständischen Gruppierungen im Donbass und der Regierung in Kiew eröffnet. Der OSZE fällt dabei eine entscheidende Rolle zu, die sie nach besten Kräften zu erfüllen trachtet. Allerdings legen bisherige Entwicklungen die Vermutung nahe, dass die Chance einer friedlichen Vereinigung nicht genutzt wird und Russland eher an einem Einfrieren des Konfliktes á la Transnistrien interessiert ist.

Verhandlungserfolg in Minsk

Aufgrund der militärischen Lageentwicklung zugunsten der von Russland unterstützten Separatisten in den selbst proklamierten „Volksrepubliken“ (VR) Donezk und Lugansk drohte ab Mitte Jänner 2015 eine Ausweitung der Kämpfe auf andere Gebiete der Ostukraine sowie eine Zunahme der Spannungen zwischen dem Westen und Russland. Um dies zu verhindern, leiteten die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, und der französische Präsident, François Hollande, eine Initiative für eine friedliche Konfliktlösung ein. Am 11.02. wurde im Rahmen des Normandie-Formates, das sich aus der deutschen Bundeskanzlerin sowie den Präsidenten Frankreichs, der Ukraine und Russlands zusammensetzte, in Minsk ein Abkommen zur Beendigung der Kämpfe beschlossen. Dieses sogenannte „Minsk II-Abkommen“ sieht gemäß einem strikten Zeitplan Waffenruhe, Abzug von schweren Waffen, Schaffung einer Pufferzone, Abhaltung von Lokalwahlen in den Se-

paratistengebieten sowie eine Verfassungsänderung durch das ukrainische Parlament vor. Seit dem Inkrafttreten der Waffenruhe am 15.02. ist zwar eine gewisse Entspannung eingetreten, allerdings sind auch immer wieder Schusswechsel zu beobachten. Somit ist die Gefahr einer Gewalteskalation in der Ostukraine sowie eine Verschärfung des Konfliktes zwischen dem Westen und Russland nach wie vor nicht gebannt.

Wenig Spielraum für Friedensbemühungen

Das Internationale Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM) in der Ukraine-Krise umfasst unterschiedliche Mechanismen auf mehreren Ebenen. Auf der institutionellen Ebene ist zu konstatieren, dass die UNO aufgrund politischer Gegensätze der Vetomächte bisher wenig Spielraum hatte, traditionelle Konfliktlösungsmechanismen wirksam werden zu lassen. Zwar erhielt das „Minsk II-Abkommen“ mit der UN-Resolution 2202 vom 18.02. einen international

verbindlichen Charakter, jedoch kann die UNO de facto nicht auf die bewaffneten Akteure einwirken, weshalb die OSZE im Zentrum des IKKM bleibt. Die Hauptaufgabe kommt der „Special Monitoring Mission to Ukraine“ (SMMU) zu, die vor allem die Einhaltung des Abkommens entlang der Pufferzone kontrolliert, aber auch als lokaler Mediator in Erscheinung tritt. Die wesentlich kleinere Border Monitoring Mission überwacht zwei Grenzübergänge (Donezk und Gukovo) zwischen dem Donbass und Russland. Aufgrund der unsicheren Lage wird den OSZE-Besuchern häufig der Zutritt in bestimmte Gebiete verwehrt oder sie meiden die Gefahr, was vor allem die Überprüfung des Rückzugs schwerer Waffensysteme hinter die vereinbarten Linien erschwert oder unmöglich macht.

EU gibt Geld, berät und verhängt Sanktionen

Ein wichtiger Akteur in der Ukraine-Krise ist die EU. Neben der Gewährung von Finanzhilfen wurde eine „EU Advisory Mission for Civilian Security Sector Reform Ukraine“ (EUAM Ukraine) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) etabliert. Die EUAM blieb bislang hinsichtlich der politischen Reformprozesse relativ bedeutungslos, obwohl die EU der Ukraine ein Kredit- und Garantiepaket von über 11 Milliarden Euro gewährte. Weitere Mittel wurden von Brüssel in Aussicht gestellt, aber im Gegenzug substantielle Reformen gefordert. IWF, EU, Weltbank sowie weitere Drittländer haben der Ukraine bis 2020 insgesamt 40 Mrd. US-Dollar an Finanzhilfen zugesagt. Ein wesentliches EU-Instrument stellen die gegen russische juristische und natürliche Personen in Russland und der Ukraine verhängten Sanktionen dar. Ziel der Kommission und der Mitgliedsländer ist, über die Schwächung der russischen Wirtschaft ein Einlenken der Moskauer Führung in der Ukraine-Krise zu bewirken.

NATO und USA sind abwartend

Einige EU-Staaten unterstützen die Position der US-Republikaner, die Präsident Obama zu Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte drängen und autorisiert haben. Obama lehnte eine Aufrüstung der Ukraine - wie die Mehrheit der EU-Staaten - aber bisher ab, weil er eine Eskalation befürchtet. Starke Befürworter sind allerdings Polen, Estland, Lettland und Litauen, die sich von Russland direkt bedroht fühlen. Sie beschlossen im Rahmen der NATO sowie auf nationaler Ebene militärische Maßnahmen, wie temporäre Stationierung von NATO-Eingreiftruppen, massive Erhöhung der Wehrbudgets und Ausbau bilateraler militärischer Zusammenarbeit mit den USA. Zudem unterstützen Polen und die baltischen Staaten die Annäherung der Ukraine an die Allianz. Unabhängig von einer möglichen Aufrüstung starteten im April die USA, Großbritannien und Kanada militärische Ausbildungsprogramme für die ukrainischen Streitkräfte. Die NATO spielt daher keine unmittelbare Rolle im Ukraine-Konflikt, allerdings kommt ihr durch die Beistandsverpflichtung unter den Mitgliedstaaten gehobene Bedeutung zu. Nachdem das ukrainische Parlament am 23.12.2014 den Status der „Blockfreiheit“ im Parlament aufgehoben hatte wurde in Russland eine neue Militärdoktrin angenommen, in der die NATO als eine Hauptbedrohung eingestuft wird.

Eskalation der Waffengewalt

Die nach dem „Minsk II-Abkommen“ eingeleitete Waffenruhe wurde zunächst durch das massive Vorrücken der Separatisten und die Einkesselung von ukrainischen Streitkräften in der Ortschaft Debaltsevo verletzt. International wurde Russland für die Offensive der Separatisten verantwortlich gemacht und die ukrainische Führung forderte vehement Waffen vom Westen. Ab April nahmen die Kampfhandlungen wieder zu, besonders im Raum Donezk und östlich von Mariupol.

Wie schon im Vorfeld befürchtet wurde, kam es Anfang Juni zu einer Offensive der Separatisten westlich der Provinzhauptstadt Donezk (bei Marjinka). Nach Angaben der ukrainischen Regierung konnte dieser Vorstoß zurückgeschlagen werden. Während der Waffenstillstand laut OSZE sowohl von den regulären ukrainischen Truppen und den mit ihnen verbündeten Freiwilligenbataillonen als auch von den Separatisten verletzt wird, sieht die US-Regierung Moskaus Führung für die Nichtumsetzung von Minsk II verantwortlich. Die kurzzeitige Besetzung von OSZE-Posten durch Angehörige ukrainischer Freiwilligenverbände, die in OSZE-Berichten als „dritte Partei“ angesprochen werden, weist auf die Problematik der fehlenden zentralen Befehlsgewalt hin. Laut Aussagen internationaler Beobachter und von US-Militärs werden Separatisten von Russland weiterhin aufgerüstet, so dass militärische Gegenmaßnahmen – wie die Ausbildung von Kiew-treuen Kräften – notwendig seien. Der Konflikt hat auch eine humanitäre Dimension: Laut offiziellen Angaben sind seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung mehr als 6.000 Personen getötet worden. Zusätzlich gelten laut UNO ca. 1,192 Millionen als „intern Vertriebene“ innerhalb der Ukraine, ca. 940.000 Menschen flohen aus der Ukraine nach Russland.

Innenpolitische Entwicklungen

Die gegenwärtige innenpolitische Situation der Ukraine ist in erster Linie von einem durch Korruption geschwächten und destabilisierten Wirtschafts- und Finanzsystem geprägt. Zwar konnten zuletzt Achtungserfolge bei der Korruptionsbekämpfung verbucht werden, doch scheint die Gefahr eines wirtschaftlichen Kollaps' trotz internationaler Unterstützung (v.a. IWF-4-Jahres-Kreditprogramm "Extended Fund Facility") nur vorübergehend gebannt zu sein. Die erheblichen Kosten der „Anti-Terror-Operation“ sowie die Durchführung einschneidender Reformen zur Erfüllung der IWF-Auflagen trugen entscheidend zur Erhöhung der so-

zialen Spannungen in der Ukraine bei. Das stetig wachsende Protestpotential entlädt sich bislang (noch) in weitgehend friedlich verlaufenden kleineren Bürgerprotesten.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik sowie die Kriegsmüdigkeit kommen in der sich – zur gesellschaftspolitischen Aufbruchsstimmung des Euromaidan im krassen Gegensatz stehenden – verbreitenden Ablehnung der bestehenden politischen Parteien und des Systems an sich zum Ausdruck. So gaben in einer landesweiten Umfrage des Rasumkow-Zentrums zur Unterstützung der politischen Parteien 25 % der Befragten an, entweder an einer Parlamentswahl nicht teilnehmen oder ungültig wählen zu wollen.

Seit Anfang 2015 offenbaren sich starke Risse im oligarchischen System der Ukraine. Vor dem Hintergrund der geplanten Privatisierungswelle intensiviert sich der Wettstreit zwischen den unterschiedlichen oligarchischen Großgruppen um den Zugriff auf die immer kleinere Ressourcenbasis. In diesen Kontext muss auch der jüngste Konflikt zwischen Präsident Petr Poroschenko und Igor Kolomojskij gestellt werden. Die ukrainische Staatsführung versucht, durch Schwächung einzelner Oligarchen zugunsten anderer eine Politik des „divide et impera“ zu verfolgen. Allerdings läuft sie dabei Gefahr, von einzelnen rivalisierenden Oligarchengruppen verinnahmt zu werden.

Die Ukraine ist ein historisch, religiös, kulturell, wirtschaftlich und sozial inhomogener Staat. Sie ist das Produkt des Ersten Weltkrieges und der Sowjetära. Die in der ukrainischen Gesellschaft tief verwurzelten ideologischen Spannungen zwischen dem österreichisch-polnisch/katholisch-jüdisch geprägten Westen einerseits und dem orthodox-russisch geprägten Osten und Süden andererseits könnten durch das Mitte Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz über „Verurteilung des kommunistischen und des national-sozialistischen (nazistischen) Regimes

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der
Landesverteidigungs-
akademie

Juni 2015

in der Ukraine und über das Verbot der Propaganda ihrer Symbole“ wieder verschärft werden. Das Gesetz schreibt u.a. eine Änderung von Unternehmens- sowie Straßennamen mit sowjetischem Bezug vor und richtet sich gegen die Verwendung sowjetischer Symbole (z.B. Gedenktafeln, Fahnen und Denkmäler) sowie gegen das offene Tragen sowjetischer Orden und Medaillen. Zugleich erkannte das ukrainische Parlament der zwischen 1943 bis 1956 bestehenden, aufgrund der zeitweiligen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland jedoch umstrittenen, Ukrainischen Aufständischen Armee den mit Sozialleistungen verbundenen Status „Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert“ zu. In einer Erklärung hob der ukrainische Präsident zudem deren Rolle im Kampf gegen die „sowjetische Besatzung“ hervor. Es bleibt zu befürchten, dass die pauschale Diskreditierung der 74 Jahre währenden Zugehörigkeit der Ukraine zur Sowjetunion als Besatzungszeit die bestehenden gesellschaftlichen Klüfte und Spannungen verstärken und sich verhängnisvoll auf die Zukunft der Ukraine auswirken wird.

Die in Minsk vereinbarten Punkte, die eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Separatistengebiet und Kiew bringen sollen, scheinen in der Realität nicht erfüllbar zu sein. So funktioniert weder das Bankwesen, noch wurden Pensionsauszahlungen wieder aufgenommen. Auch Arbeiten zur angepeilten Verfassungsreform scheiterten bislang an unvereinbaren Forderungen oder Positionen beider Konfliktparteien. Somit dürfte sich das Fenster, das mit dem Verhandlungserfolg in Minsk geöffnet wurde, wieder rascher schließen als erwartet.

So paradox es auch klingen mag, der schwelende Konflikt im Osten des Landes sichert – über die Projektion einer äußeren Bedrohung für die Einheit der Ukraine – das brüchige innenpolitische Gleichgewicht. Im Falle des immer wahrscheinlicher werdenden Szenarios des Einfrierens des Konfliktes

wird die Kiewer Führung aber zur Lösung der zahlreichen innenpolitischen Probleme übergehen müssen. Je schwieriger dabei das Verhältnis mit dem abtrünnigen Ostteil ist, desto mühsamer wird auch die innere Stabilisierung sein. Das Ende Mai abgehaltene Treffen der EU mit seinen östlichen Nachbarn hat gezeigt, dass die Ukraine auf diesem Weg von der EU keine „Lösung von Außen“ erwarten kann.

Erkenntnisse und Ableitungen

- Der in Minsk vereinbarte Friedensprozess ist zwar weit hinter den Erwartungen. Dennoch gibt es bislang keine Alternative, die ein Abweichen begründen könnte, seine Umsetzung sollte daher gefordert und unterstützt werden.
- Eine militärische Rückeroberung des Donbass durch die Ukraine wäre zum Scheitern verurteilt und würde unverzüglich Russland auf den Plan rufen.
- Die OSZE ist der einzige Akteur, der als Vermittler, Beobachter und Mediator vor Ort in Frage kommt. Ihre Aktivitäten sind daher bestmöglich zu unterstützen.
- Eine Ausweitung der Kontrolltätigkeiten an der russisch-ukrainischen Grenze wäre anzustreben, auch wenn das eine Aufstockung des Kontingents erforderlich macht.
- Dringend erforderliche innenpolitische Reformen in der Ukraine sind einzufordern und zu unterstützen. Ein dauerhafter Kriegszustand mit den Separatisten würde diese verhindern und die Ressourcen binden.
- Das Vorgehen Russlands und seine neuen militärischen Kapazitäten erfordern ein grundsätzliches Überdenken sicherheits- und verteidigungspolitischer Konzepte in Europa. Vor diesem Hintergrund wäre auch die Sinnhaftigkeit einer Aufrüstung der Ukraine und ihre allfällige NATO-Mitgliedschaft zu beurteilen.